Kirche oder Bistum

Eine Handreichung zur
Beurteilung der neuen deutsch-
christlichen Kirchenordnung

Im Auftrag des Bruderrates der freien
evangelischen Synode im Rheinland für
die bekennende Gemeinde

herausgegeben von

Pastor lic. Dr. Joachim Beckmann

Düsseldorf

Gelesen Professor Dr. Karl D. M.

zu Vp.

Düsseldorf 6. 7. 24

Kommissionsverlag: Emil Müller, Wuppertal-Barmen

Preis einzeln 15 Pfg.
ab 50 Exemplaren 13 Pfg., ab 100 Exemplaren 12 Pfg.

Der Kampf in der evangelischen Kirche tritt in sein entscheidendes Stadium. Die Deutschen Christen sind im Begriff, durch das von ihnen vollständig beherrschte Kirchenregiment der Deutschen Evangelischen Kirche eine neue Ordnung zu geben. Diese Ordnung soll der **Kirche das Gepräge deutsch-christlichen Geistes geben**. Sie soll dadurch zur Kirche der Deutschen Christen werden, wie schon vor einem Jahr der stellvertretende Reichsleiter Propst Voerzer sagte: „Die zukünftige Gestalt der Kirche bestimmen wir.“

Das soll sich jetzt verwirklichen. Dazu arbeitet man in der Reichskirchenregierung eine **neue Verfassung** der DCK. aus, nachdem die alte vom Juli 1933 sich als ungeeignet erwiesen hat, das Ziel zu erreichen, auf das man hinarbeitete: Führung und Beherrschung der evangelischen Kirche.

Nachdem die Deutschen Christen alle Macht in der Kirche tatsächlich in sich vereinigt haben, geht es an die notwendige **zweite** Aufgabe: Diese Macht durch eine Neuordnung der Verfassung fest zu machen, der Kirche eine solche Form zu geben, wie sie den Ideen der Bewegung entspricht.

Der Kirchenminister, stellvertretende Landespfarrer, Propst und Präses der Rheinischen Provinzialsynode D. Dr. Forsthoff hat einen wichtigen Teil dieser **neuen Kirchenordnung** fertiggestellt und als „Entwurf für die Neubildung der Rheinischen Kirchenordnung“ herausgehen lassen. Es steht wohl außer Frage, daß es sich hierbei nicht nur um eine **rheinische** Kirchenordnung handelt, sondern um einen Entwurf für die demnächst zu bildenden Kirchenländer der DCK. Daher geht dieser Entwurf nicht nur die Rheinische Kirche an, sondern die **ganze bekennende Gemeinde in der DCK.**

Zunächst aber und vor allem geht er die **rheinischen und westfälischen Gemeinden** an!

Rheinland und Westfalen, — das ist der Boden, auf dem seit der Reformationszeit in besonders starkem Maße **Gemeindefirche** lebendig gewesen ist. Und gerade hier entwerfen die Deutschen Christen den **Unterbau** ihrer neuen Kirchenordnung, der den Grundlagen der Gemeindefirche des Westens vollkommen widerspricht. Gelingt es hier, das deutschchristliche Regiment durchzusetzen, kann es nach menschlichem Ermessen nirgendwo in Deutschland mehr auf Widerstand stoßen. Hier im Westen muß die **Entscheidung** fallen, ob die DCK. die „Kirche der Deutschen Christen“ wird oder die Kirche des reformatorischen Bekenntnisses bleibt.

Weil es um **diese Entscheidung** geht bei der neuen **Ordnung** der Kirche, darum kann kein evangelischer Christ sagen, ihn ginge diese Neuordnung nichts an, sein Glaube würde davon nicht berührt, es handele sich ja nur um äußere Änderungen der Verfassung. Wer das noch meint, dem muß eine Durchprüfung des Entwurfes einer Neubildung der Rheinischen Kirchenordnung davon überzeugen, daß es sich gerade **bei der Verfassung der Kirche immer um Glauben und Bekenntnis handelt**. Er wird vor die Entscheidung gestellt, was sein Glaube ist, und was er bekennen will. Er muß persönlich entscheiden, prüfen und urteilen, so wahr er ein evangelischer (und nicht römisch-katholischer) Christ ist.

Die Grundlage der Kirchenordnung.

Die evangelische Kirche gründet sich auf die Heilige Schrift Alten und Neuen Testaments als die alleinige und vollkommene Richtschnur ihres Glaubens, ihrer Lehre und ihres Lebens. So heißt es in unserer bisherigen Kirchenordnung. Hier steht: Die **Kirche**, nicht nur der **Gläubige** gründet sich auf die Heilige Schrift. Das heißt die Grundlage der **Kirche** ihres Bekenntnisses, ihrer Lehre und Predigt, — und ihres **Lebens** ist Gottes Wort. Dazu gehört doch wohl auch ihre **Ordnung**, die Gestaltung ihres Lebens. Oder nicht?

Nein, sagen die Deutschen Christen, **die Verfassung der Kirche hat mit dem Bekenntnis nichts zu tun**. Sie ist eine weltliche Frage, deren Lösung sich aus den **zeitlichen Zweckmäßigkeiten** und **Notwendigkeiten**, aus der Lage ergibt, in die die Kirche existiert. Man braucht also hierfür sich **nicht auf Gottes Wort** zu gründen, sondern kann sich auf seine **eigene Einsicht** und **Klugheit**, seine Ideen und Gedanken verlassen. Das Bekenntnis, „die Substanz der Kirche“, der Glaube, das Evangelium bleibt davon unberührt und kann hierdurch garnicht angetastet werden.

Zu dieser Meinung der Deutschen Christen können wir nur sagen: Sie ist eine schrift- und bekenntniswidrige Irrlehre! Hier wird die Kirche nicht **allein** auf die Heilige Schrift gegründet, sondern in ihrer Ordnung dem Geist und Willen, der **Eigenmächtigkeit** des Menschen unterworfen. Wo das geschieht, ist nicht mehr Christus der Herr der Kirche, sondern neben ihm der Mensch, der dadurch die **Alleinherrschaft Christi** in der Kirche bestreitet. Wir verwerfen diese Irrlehre, da nach dem Bekenntnis unserer Kirche die alleinige und vollkommene Richtschnur und Grundlage das Wort Gottes ist, und die Kirche daher nur nach den Normen, die aus dem Worte Gottes sich ergeben, geordnet werden darf.

Eine Kirchenordnung muß daher vor allem schriftgemäß, d. h. nach der Richtschnur des Wortes Gottes ausgerichtet sein. Daneben kann es aber nicht der Maßstab der Zeitgemäßheit geben. Dieser Maßstab ist es aber, nach dem die deutsch-christliche Kirchenordnung gestaltet ist. Das geht aus den erläuternden Vorbemerkungen, (erschienen im kirchlichen Amtsblatt der Rheinprovinz Nr. 18/1934), mit völliger Deutlichkeit hervor. Darin heißt es: „Die DCK. muß wie jede andere irdische Einrichtung Führung haben; eine Führung allerdings dem Charakter und der Aufgabe der Kirche gemäß. Ob es ein Landesherr, ein Oberkirchenrat, ein synodales Organ oder ein Reichsbischof ist, das ist eine Frage, deren Lösung sich aus den zeitlichen Zweckmäßigkeiten und Notwendigkeiten, aus der Lage ergibt, in der die Kirche existiert. Das ist aber . . . keine Frage von grundsätzlicher Bedeutung.“

Wie ist es möglich, etwas so Widerspruchvolles zu sagen? Freilich ist die Kirche eine „irdische Einrichtung“. Aber nun ist es doch gerade dem „Charakter der Kirche gemäß“, daß sie als **irdische Einrichtung** eine Stiftung Jesu Christi durch den Heiligen Geist ist. Dadurch wird wahrlich ihr Charakter bestimmt: sie ist **Kirche Jesu Christi**. Und daher ist nicht zu sagen: „sie muß Führung haben“, denn sie **hat Führung**. Der Herr leitet seine Kirche selbst durch sein Wort und seinen Geist. Auf diesen **Glauben**

gründet sich der „Charakter der Kirche“ und dieser Glaube bestimmt ihre **Aufgabe**: dieser Führung in **allen Stücken**, also auch in der Ordnung **gehorsam** zu sein. Es ist daher **keineswegs** gleichgültig, wie das Kirchenregiment in der „irdischen Einrichtung“ Kirche verwaltet wird, sondern ist eine Frage von **grundfänglicher Bedeutung**, d. h. eine Frage des Verständnisses der Heiligen Schrift. Hier unterscheidet sich z. B. katholisches und reformatorisches Schriftverständnis: ob Christus den Papst als irdischen Führer der Kirche eingesetzt hat oder ob er der gegenwärtige, lebendige Führer der irdischen Kirche selbst ist. Es ist eine Frage von **grundfänglicher Bedeutung**, ob das irdische Kirchenregiment durch sein Amt und Handeln der Führung des Herrn der Kirche dient oder selbst die Herrschaft durch Führung der Kirche an sich reißt. Es ist darum keineswegs gleichgültig, sondern eine Frage, die die **Substanz** berührt, ob eine weltliche Obrigkeit das Kirchenregiment ausübt oder ein alleinherrschender Reichsbischof oder ein brüderlich leitendes Organ der Synode.

Entweder gelten Jesu Worte für die Kirche, und zwar auch für die „irdische Einrichtung“ DCK., die doch Jesu Kirche sein will, und dann muß nach ihnen seine Kirche geordnet und geleitet werden. Oder sie gelten nicht, — und dann ist diese „irdische Einrichtung“, die dabei herauskommt, nicht die Kirche Jesu Christi, sondern eine nicht-christliche Religionsgesellschaft.

Christus sagt (Matth. 10, 42): „Ihr wisset, daß die weltlichen Fürsten herrschen und die Mächtigen unter ihnen haben Gewalt. **Aber also soll es unter euch nicht sein**, sondern welcher will groß werden unter euch, der soll euer Diener sein; und welcher unter euch will der Vornehmste werden, der soll aller Knecht sein.“

Gilt dieses Wort Jesu in der Kirche, so hat sie ihre Ordnung und vor allem die **Gestaltung ihrer Leitung** nach diesem Wort zu richten. Es ist also nicht gleichgültig, **wer** in der Kirche leitet oder die Herrschaft ausübt.

Christus sagt (Matth. 22, 21): „Gebt dem Kaiser was des Kaisers ist und **Gott was Gottes ist.**“ Die Kirche ist Gottes. Oder etwa auch des Menschen? Nein, sie ist Gottes Eigentum und darf deswegen nicht aus der Lage heraus nach menschlichen Zweckmäßigkeiten umgestaltet werden und eine menschlichen Wünschen und menschlichem Machtwillen entsprechende Führung bekommen.

Christus sagt (Joh. 20, 23 u. a.): „Welchen ihr die Sünden erlasset, denen sind sie erlassen; und welchen ihr sie behaltet, denen sind sie behalten.“

Das Amt der Kirche ist hiernach der Dienst an diesem Gnaden- und Gerichtswort Jesu. Daneben gibt ihr Jesus kein „Führungsamt“, das sich aus Zweckmäßigkeiten der Lage ergibt und mit besonderen Herrschaftsbefugnissen ausgestattet ist. Vielmehr schließt dieses eine Amt jeden Menschendienst und jede Menschenherrschaft in der Kirche aus.

Christus sagt (Matth. 23, 8): „Einer ist euer Meister, ihr aber seid **alle Brüder.**“ Das heißt doch: In der Kirche gibt es keine Führung und Herrschaft über Gefolgschaft und Untertanen, sondern nur **Bruderschaft** unter dem einen alleinigen, rechtmäßigen Herrn und Meister. Eine Kirchenordnung, die nicht diesem Wort gehorcht, ist keine Ordnung für die Kirche Christi.

Christus sagt (Joh. 18, 36): „Mein Reich (meine Königsherrschaft) ist nicht von dieser Welt.“

Das bedingt maßgebend den „Charakter“ der „irdischen Einrichtung“ Kirche, so daß in ihr nicht weltliche Gesetze, aus der Welt genommene „zeitliche Zweckmäßigkeiten und Notwendigkeiten“ Ordnung und Aufbau bestimmen, sondern allein die „Notwendigkeiten“, die sich daraus ergeben, daß die Kirche in der Welt die Aufgabe hat, mit ihrem Glauben wie mit ihrem Gehorsam, mit ihrer Botschaft wie mit ihrer Ordnung zu bezeugen, daß sie allein Eigentum ihres Königs Christus ist.

Die Prüfung der **Grundlage** der neuen deutsch-christlichen Kirchenordnung führt uns zu dem Ergebnis:

Ihre Grundlage ist die **falsche** Lehre, als dürfe die Kirche die Gestalt ihrer Ordnung ihren Belieben oder dem Wechsel der jeweils herrschenden weltanschaulichen und politischen Ueberzeugungen überlassen, (um mit den Worten der Barmer Bekenntnissynode zu reden).

Ihre Grundlage ist **nicht** die Heilige Schrift nach dem reformatorischen Bekenntnis der Evangelischen Kirche.

Die auf dieser Grundlage aufgebaute Kirchenordnung muß daher die evangelische Kirche **von Grund auf zerstören**.

II.

Die Gewalt des Bischofs.

Aus der Grundlage folgt der Grundgedanke, der die ganze neue Kirchenordnung beherrscht. Ist die Grundlage „zeitliche Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit“, so ist es ohne weiteres klar, daß der Grundgedanke des Aufbaues das politische **Führerprinzip** ist. Dieses Führerprinzip soll heute in der Kirche das zweckmäßige und notwendige Prinzip sein, weil es im Staat das zeitgeschichtlich wirksame und herrschende Prinzip ist. Die Forderung der Stunde soll eine „**Führungsordnung**“ sein. Die **Kirche** braucht daher vor allem und in erster Linie eine einheitliche, starke, machtvolle, beherrschende **Führung**. Das ist das entscheidende deutsch-christliche Dogma: Weil im Staat heute das Führerprinzip durchgeführt wird, darum muß es auch in der Kirche durchgeführt werden. Es ist klar, daß die Kirche aus ihrer Botschaft und ihrem Auftrag kein Urteil über die Wichtigkeit und Zweckmäßigkeit einer Staatsform hat. Sie hat daher über die politische Notwendigkeit des Führerprinzips im Staat keine Beherrenscheidung zu fällen. Aber auf jeden Fall ist es eine Frage der reinen Lehre, ob das Führerprinzip in der Kirche für Ordnung und Aufbau auf Grund der Heiligen Schrift und des Bekenntnisses anwendbar ist oder nicht. Die Deutschen Christen beantworten diese Frage mit Ja, weil für sie die Ordnung nicht unter der Norm von Schrift und Bekenntnis steht. Wir müssen dagegen auf Grund des reformatorischen Schriftverständnisses und unter Berufung auf die Bekenntnisschriften der Reformation, in denen diese Frage bereits entschieden ist, erklären: **In einer evangelischen Kirche, die auf dem Boden der Heiligen Schrift steht, und in der die reformatorischen Bekenntnisschriften Gältigkeit haben, ist die Anwendung des Führerprinzips unmöglich, weil wider Schrift und Bekenntnis. Es wider-**

spricht dem Wesen der Kirche, die sich im Gehorsam gegen die Herrschaft und das Wort ihres Herrn ihre Ordnung gibt. Die neue Kirchenordnung wird ganz nach dem Führerprinzip aufgebaut, d. h. von oben nach unten, von der „Führung“ zum „Kirchenvolk“.

Sie bekommt ihre Gestalt durch die konsequente Durchführung eines hierarchisch gearteten Führertums*). Die Anwendung dieses Grundsatzes macht die Stärkung des Kirchenregimentes zu einer **bischöflichen Hierarchie** notwendig. Auch wenn es nicht so gemeint wäre, es müßte aus der Logik des Prinzips zwangsläufig dahin führen. Führerprinzip schließt eben in sich starke Obrigkeit, Herrschaft und Macht, wie es zweifellos im Staat notwendig ist und zwar aus dem Amt und Auftrag des Staates. Die einleitende Vorbemerkung des Entwurfes redet zwar davon, daß „das Schwergewicht in einer evangelischen Kirche nicht oben, in der Führung, sondern unten in den Gemeinden liegt“. Aber die vorgelegte Kirchenordnung widerspricht dieser Behauptung auf der ganzen Linie. Sollten das die Verfasser nicht selbst sehen müssen? Sie muß es **aus Prinzip** tun, auch wenn es wirklich anders gewollt wäre.

Daß der Grundgedanke der neuen Kirchenordnung tatsächlich die Einrichtung einer **bischöflichen Hierarchie** ist, läßt sich aus der **Machtbefugnis des Bischofs über die Kirche** beweisen, die ihm hier gegeben wird.

1. **Der Bischof ist kraft seines Amtes der Präses der Provinzialsynode** (§ 50). Die Synode wählt ihren eigenen Leiter nicht mehr selbst. Er wird ihr von oben gesetzt, nicht von Vertrauen der Synode berufen. Nicht einmal von einer Möglichkeit der Synode, Einspruch gegen einen von ihr abgelehnten Präses zu erheben, ist die Rede. Der Bischof ist also der alleinige Herr in der Kirchenprovinz, seinem Bistum. **Er regiert mit unbeschränkter Vollmacht.** Denn die Synode, deren Präses er ist, hat keine wirklichen synodalen, d. h. kirchenregimentlichen Vollmachten mehr. **Er beruft** persönlich ein Drittel der Synodalen (§ 48). **Er beherrscht** den Vorstand der Synode, den Provinzialkirchenrat. Denn von den sechs Mitgliedern darf die Synode nur drei wählen (§ 51), so daß der Bischof mit den zwei von ihm berufenen Mitgliedern immer in der Mehrheit ist. Aber das ist noch nicht einmal nötig, denn es ist die neue Bestimmung getroffen, daß bei fehlender Einmütigkeit nicht abgestimmt wird, sondern der Bischof das Recht hat, die Stimmen zu wägen (§ 51). Das bedeutet: **Der Bischof verfügt über die Rechte der Provinzialsynode und ihres Vorstandes.** Er vereinigt die zahlreichen und wichtigen Vollmachten und Befugnisse, die die alte Provinzialsynode innehatte, in seiner Hand.

2. **Der Bischof ernennt die Dekane** (§ 45). Bisher wurden die Superintendenten, die Leiter der Kreisgemeinden, von der Kreisynode als dem Presbyterium der Kreisgemeinde gewählt. Er war ihr Vertrauensmann. Jetzt wird auch der Kreisgemeinde eine Führung von oben gesetzt. Auch ihr steht eine Möglichkeit des Einspruches nicht zu. Der Bischof ernennt **seine** Vertrauensmänner zur Ausübung der Führung im Kirchenkreis. Sie handeln sozusagen in seinem Auftrag, sind **die Stellvertreter des Bischofs** in den Kirchenkreisen.

*) Hierarchisch ist der Aufbau kirchlicher Ämter von oben nach unten, wobei jeweils das untergeordnete Amt vom übergeordneten Amt abhängt, von ihm beauftragt, berufen und absetzbar.

Was diese Ernennungsbefugnis bedeutet, wird erst deutlich, wenn man in Erwägung zieht, welche neuen Rechte der **Dekan** hat. Genau wie die Provinzialsynode vom Bischof, so wird die Kreisynode vom Dekan beherrscht. Er beruft seinen Stellvertreter, er hat im Vorstand der Kreisynode mit den beiden von ihm ernannten Mitgliedern gegenüber den beiden von der Synode zu wählenden immer die Mehrheit. Dazu kommt, daß die meisten bisher vom Kreisynodalvorstand ausgeübten Rechte jetzt durch den Dekan allein ausgeübt werden sollen, z. B. bei Ordination und Einführung der Pfarrer, bei der kirchlichen Aufsicht über die Gemeinden.

Neu ist vor allem, daß der Dekan die Aufsicht über die **kirchliche Presse** des Kirchenkreises hat (§ 45, 2). Er ernennt natürlich auch den **Synodaljugendpfarrer** (§ 38, 1).

Weitere Rechte wird der Dekan aller Voraussicht nach durch die Reichskirchenverfassung erhalten, um seine führende Stellung im Kirchenkreis zu festigen und seine neue Vorgesetztenstellung klar hervortreten lassen. Das **allerwichtigste neue Recht** des Dekans ist aber jetzt schon herausgetreten: **Er beruft die neu zu bildenden Presbyterien** der Gemeinden. Er beauftragt drei Männer aus der Gemeinde, ihm geeignete Vorschläge zu machen. Er ernennt dann, ohne an diese Vorschläge gebunden zu sein, die Mitglieder des Presbyteriums. Die Gemeinde hat ein Einspruchsrecht, sie darf gegen Lehre und Wandel der Berufenen Beschwerde vorbringen. Aber über die Berechtigung dieser Beschwerde entscheidet der Dekan, der diese Männer selbst berufen hat (§ 9).

Kraftvoller kann man die übermächtige neue Gestalt des Führers im Kirchenkreis nicht zum Ausdruck bringen, als es hier mit einer geradezu verblüffenden Offenheit geschieht.

3. Der Bischof hat das **Präsentationsrecht für die Pfarrerrwahl** der Gemeinden und dadurch den entscheidenden Einfluß auf die Besetzung der Pfarrstellen (§ 16, 2). Der Gemeinde bleibt zwar auch ein Vorschlagsrecht gegenüber dem Bischof, aber dieser ist an diese Vorschläge nicht gebunden. Er bestimmt eine **Dreizahl** von Pfarrern, aus denen die Gemeinde einen zu wählen hat. Das bedeutet in Wirklichkeit die grundsätzliche Beseitigung des Pfarrerrwahlrechtes der Gemeinden.

4. **Die Gewalt des Bischofs erfährt ihre letzte Steigerung in der Befugnis, „die Beschlüsse der kirchlichen Körperschaften, wenn sie die Einheit und den Frieden in Gemeinde und Kirche gefährden, aufzuheben“** (§ 56).

Welche Vollmacht in einer Hand! Das Urteil des Bischofs über das, was Einheit und Frieden in einer Gemeinde oder in der Kirche gefährdet, ist maßgebend für die Gültigkeit von Beschlüssen der Synoden und Presbyterien. Man muß schon sagen: Das ist folgerichtige Durchführung des Führerprinzips! Wozu dann aber noch Körperschaften wie Synoden und Presbyterien? Sie führen letztlich das **Scheindasein** einer beratenden, zur Verfügung des Bischofs stehenden Körperschaft, sind aber keine kirchlichen Synoden und Presbyterien mehr.

Was gefährdet Einheit und Frieden in Gemeinde und Kirche? Der Bischof entscheidet es. Das heißt aber praktisch: Was ihm **nicht zu Willen** ist, was sich **ihm nicht beugt**, was seinen Zielen und Absichten nicht entspricht, — das gefährdet Einheit und Frieden in Kirche und Gemeinde. Denn Einheit und Frieden wird von der Führung bestimmt und muß daher

von der Führung **behauptet** werden gegen die Gefolgschaft, wenn irgend-
mo der Gehorsam verweigert wird oder gefährdet ist. Das ist der mili-
tärlich-politische Einheits- und Friedensgedanke, der sich mit Notwendigkeit
bei einer Führungskirche einstellt. Das ist nicht der **kirchliche** Frieden und
die **kirchliche** Einheit, die ja völlig andere Grundlagen haben: Bekenntnis
und Vertrauen. Die Einheit der Kirche wird nicht durch Ungehorsam gegen
ein Kirchenregiment gefährdet, sondern durch Verletzung des Bekennt-
nisses, Irrlehren und Gewaltherrschaft. Von daher kommt es zu Störung
des Friedens in der Kirche, wie die Bekenntnisschriften behaupten und die
Geschichte des letzten Jahres bestätigt.

Ueberdenkt man die Rechte und Befugnisse des Bischofs in der neuen
Kirchenordnung, so kommt man zu dem Ergebnis: **Alle Macht in der
Kirche geht vom Bischof aus.** Er hat seine Kirche im Besitz. Er ist der
Herrscher über die Kirche. Man überschau nur das System: vom Bischof
hängt alles ab: Dekane und Pfarrer, Synoden und Presbyterien, Kirche
und Gemeinde.

Es fehlt aber noch das Abschließende dieses neuen Herrschaftsamtes
über die Kirche: die ihm nach der neuen, noch nicht veröffentlichten Reichs-
kirchenverfassung zustehenden Vollmachten. Es zeichnen sich die Umrisse
schon heute deutlich ab. Aber die ganze Größe des neuen Bischofsamtes
als des tragenden Führeramtes der Kirche wird erst enthüllt werden,
wenn die Bestimmungen der Gesamtkirche herauskommen. Die Richtung
ist deutlich. Sie ist ganz zwangsläufig: Es ist der Weg zu einer **neuen
römisch-katholischen verfaßten Kirche deutscher Nation.** Es wird ein
Episkopat, d. h. ein System von „kirchlichen Oberen“ geschaffen, bestehend
aus Reichsbischof, Landesbischöfen, Bischöfen, Präbsten und Dekanen.
Dieser Episkopat steht über der Gemeinde. Er hat die Führung der Kirche
gegenüber der Gefolgschaft. **Genau wie in der römischen Kirche** wird hier
unterschieden zwischen den lehrenden und der hörenden, der herrschenden
und beherrschten, der führenden und geführten Kirche, zwischen Klerus
und Kirchenvolk. Bei dieser Stellung des kirchlichen Führeramtes ist es
ganz unvermeidlich, daß der Bischof nicht nur die „äußere“ Führung hat,
sondern ganz von selbst in den Besitz der **Lehrgewalt** gelangt. Da sich
Äußeres und Inneres gar nicht trennen lassen, bekommt der Episkopat
mit Notwendigkeit das **Lehramt der Kirche** in die Hand. Er verwaltet es,
ohne an dem Bekenntnisstand der Kirche gebunden zu sein. (Vgl. § 88!)

Gewiß ist das nicht beabsichtigt, aber es liegt in der Natur der Sache,
in der **Logik des Prinzips.** Man kann dem nur entgehen, wenn man das
Prinzip aufhebt. Das Führerprinzip in der Kirche führt zwangsweise
zum römisch-katholischen Kirchenaufbau. Das Aufbauprinzip der prote-
stantischen Kirche ist einem kirchlichen Führerprinzip total entgegen, da es
ein **Bruder- und Gemeindeprinzip** ist. Daß es eine **Verbindung des
Führerprinzips mit dem Gemeindeprinzip nicht gibt**, wie es die Verfasser
der neuen KD. behaupten, das beweist die **durchschlagende Kraft** des
Führerprinzips in diesem neuen Aufbau. Der Schwerpunkt dieser Kirche
liegt absolut in der Führung, im Episkopat, nicht in der Gemeinde, denn
eine **„Gemeinde“ gibt es im Aufbau dieser KD. überhaupt nicht mehr**, wie
wir gleich nachweisen werden.

Ist es nötig, abschließend zu sagen, daß für eine Kirche, die auf der

Heiligen Schrift und dem reformatorischen Bekenntnis steht, eine solche Verfassung als hierarchische, römisch-katholische Verfälschung ihres Wesens und ihres Aufbaus völlig untragbar ist? Sie kann nur **Nein** dazu sagen, widersprechen, aufs neue protestantische, d. h. mit dem Wort Gottes protestierende Kirche werden, die nicht vom Evangelium abfallen will und nicht in die Knechtschaft zurückfallen darf, nachdem ihr die Väter die Freiheit des Evangeliums, die Freiheit des kirchlichen Amtes, die Freiheit der christlichen Gemeinde in schwersten Kämpfen, unter Einsatz ihres Lebens erstritten haben.

Kann einer noch glauben, es ginge **nur** um einen „zeitgemäßen Formwandel“ **äußerer Art**, der die „Substanz der Kirche“ nicht berühre? Es geht doch wahrlich um Amt und Auftrag der Kirche, um die Leitung und Ordnung dieses Amtes. Es geht um die Substanz. **Nur darum!** Denn Amt und Ordnung gehören zur Substanz der Kirche, so gewiß die **Sichtbarkeit** der Kirche zu ihrer **Substanz** gehört.

III.

Die Entmündigung der Gemeinde.

1. Die selbstverständliche Folge einer „Führerordnung“ in Gestalt eines hierarchisch-episkopalen Systems ist die Entmündigung der Gemeinde. Sie wird nicht nur entrechtet und mundtot gemacht, sondern unter Vormundschaft gestellt. Eine unmündige Gemeinde ist die zum **Amtsbezirk** der kirchlichen Amtsträger gewordenen „Gemeinde“ der neuen Kirchenordnung.

Bisher war die Begriffsbestimmung der Gemeinde in unserer KD. folgendermaßen formuliert:

„Die Kirchengemeinde hat als Gemeinschaft des Gottesdienstes, der Seelsorge und der Liebestätigkeit entsprechend dem reformatorischen Grundsatz vom allgemeinen Priestertum der Gläubigen den Beruf, evangelischen Glauben und christliches Leben zu wecken und zu pflegen“ (§ 2).

Hier ist der **Beruf** der evangelischen Gemeinde aus ihrem Wesen als Gemeinde bestimmt. Die Gemeinde ist **Subjekt**, nicht **Objekt** der Kirche, sie ist nicht eine „Zelle“ in einer Organisation von Amtsträgern, „Kirche“ genannt, sondern **sie ist Kirche**. Denn die Kirche Christi **besteht** immer nur als Gemeinde. Sie setzt sich nicht aus Gemeinden zusammen, sie **entsteht** nicht aus Gemeinden, aber die einzelne Gemeinde ist nicht ein „Teil“ der Kirche, sondern **sie ist Kirche**. Wenn das nicht mehr erkannt wird, endet man mit Sicherheit in der römisch-katholischen Auffassung vom Organismus der Kirche, in welcher die Gemeinde untergeht als Amtsbezirk der Gesamtorganisation, der Heilsanstalt „römische Kirche“. Hier ist der Papst der Pfarrer der ganzen Kirche, die Welt ist seine „Parochie“, sein Pfarrbezirk, alle untergeordneten Amtsträger verwalten in seinem Auftrag Teilgebiete dieser Gesamtheit: die **Kirche** ist die Gemeinde des Bischofs von Rom, des Nachfolgers Petri. Es ist überraschend, wie nahe dieser Lehre der Aufbau der neuen Kirchenverfassung der DCK. kommt. Es liegt eine starke Verwandtschaft des Denkens vor, die ihren Grund ohne Zweifel in dem gleichen Prinzip der Führung hat. Die neue Bestimmung der Gemeinde lautet:

„Die Gemeinde ist Glied der Kirche. Sie hat durch den Gottesdienst und die seelsorgerische Betreuung ihrer Glieder evangelischen Glauben und christliches Leben zu wecken und zu pflegen und so am inneren und äußeren Aufbau der Kirche mitzuwirken“ (§ 2).

Wenn man diese Bestimmung mit der bisherigen vergleicht, wird man finden, daß durch einige Abänderungen fast unmerklich der Begriff der Gemeinde grundlegend verändert ist. Wie wir eben darlegten: Hier wird die Gemeinde Zelle der kirchlichen Organisation, Objekt der Amtsträger. Der reformatorische Grundsatz vom allgemeinen Priestertum der Gläubigen hat hier keine maßgebende Bedeutung mehr. Die Mitwirkung der Gemeinde am inneren und äußeren Aufbau der Kirche besteht 1. in der Einrichtung des Gottesdienstes, 2. in der Einrichtung zur seelsorgerischen Betreuung ihrer Glieder. Das heißt praktisch darin, sich kirchliche Amtsträger (Pfarrer, Presbyter und Kirchwaller) geben zu lassen. Das ist die ganze Mitwirkung der Gemeinde am kirchlichen Aufbau. Am Kirchenregiment ist sie nicht beteiligt. Zu sagen hat sie nichts. Bei allen entscheidenden Angelegenheiten kirchlicher Leitung und Verwaltung (Lehre, Lehrverpflichtung der Amtsträger, Gottesdienstordnung, Gesangbuch, Katechismus) wirkt nicht mit. Das besorgt die „Kirche“ für sie.

Eine Gemeinde, die an der Leitung der Kirche nicht verantwortlich mitbeteiligt wird, ist eine **entmündigte Gemeinde**.

Diese Entmündigung der Gemeinde aber geht noch weiter. Denn es wird ihr auch die Verantwortung für ihre **eigene gemeindliche Leitung** genommen. Das war von jeher in der christlichen Kirche der Sinn der Wahl ihrer Leitung aus der Gemeinde, daß in der christlichen Gemeinde brüderlich regiert werde. Mit dem System der Demokratie hat das nichts zu tun, wenn auch gelegentlich ein Mißverständnis des kirchlichen Wahlgedankens und eine Verwechslung mit politischen Systemen vorgekommen ist. Die Wahl der leitenden Brüder durch die Gemeinde ist schriftgemäß, sie ist der Ausdruck dafür, daß es in der Gemeinde keine Obrigkeit gibt wie im Staat, nicht Herrschaft und Gefolgschaft, sondern nur Bruderschaft in Christo. Die leitenden Brüder werden von der Gemeinde benannt zum Dienst. Sie leiten durch ihr Amt in der Gemeinde dem allein regierenden Worte Gottes, auf dem die Gemeinde sich erbaut und das ihr deswegen zur Verkündigung anvertraut ist.

In der neuen R.D. gibt es kein Wahlrecht der Gemeinde mehr, denn der Dekan beruft, wie wir schon darlegten, die Leitung der Gemeinde nach seinem Ermessen. Er steht über der Gemeinde und gibt ihr die Leitung in dem Presbyterium. Dieses von der „Kirche“ über die Gemeinde gesetzte Presbyterium, gegen das die Gemeinde einen wirklichen Einspruch nicht erheben kann (wie schon oben festgestellt), bekommt nur das Recht, sich selbst durch Zuwahl zu ergänzen. Dies Presbyterium bleibt gemeindefremd. Was daraus praktisch, vor allem heute, werden muß, kann man leicht erkennen: Parteiherrschaft der Deutschen Christen.

Aber nicht deswegen, weil das sich heute so auswirken muß, ist dieses System abzulehnen, sondern weil es grundsätzlich gegen das schriftgemäße Verständnis der Gemeinde verstößt, wenn der Gemeinde die Verantwortung für ihre Leitung genommen ist. Die Folge dieser Entziehung der selbständigen Verantwortung muß zwangsläufig eine zunehmende Gleich-

gültigkeit der Gemeindeglieder gegenüber ihrer Kirche sein. Das bedeutet fortschreitende Entkirchlichung. Es bedeutet andererseits, daß sich die gläubigen Gemeindeglieder aus der Kirche in Gemeinschaften oder Freikirchen zurückziehen. Haben wir dafür auf evangelischem Boden in Deutschland nicht zahlreiche klare Beweise? Wo ist die Unkirchlichkeit am größten? Da, wo in der Kirche alles von oben gemacht wird und die Gemeinde niemals Verantwortung für ihre eigene Leitung und den Aufbau der Kirche getragen hat. Und wo gab es immer schon lebendige Kirchlichkeit? Im wesentlichen da, wo es verantwortliche Gemeinden gab. Ist das nicht eine Bestätigung dafür, daß man die Schriftgemäßheit einer Kirchenordnung nicht ungestraft mißachtet? Aus einer vierhundertjährigen Geschichte evangelischer Kirchen und Gemeinden in Deutschland müßte man doch einiges gelernt haben.

Es scheint nicht so. Denn man droht, durch Merikalisierung der Kirche und Entmündigung der Gemeinden alle Fehler schlechter Kirchenordnung dorthin zu übertragen, wo es bis heute noch immer Gemeinden gibt. Die Auswirkung der neuen KO. wird sein, daß auch hier die Gemeinden aufgehoben und in ein „Kirchenvolk“ aufgelöst werden, das zum Objekt kirchlicher Amtsträger degradiert wird.

2. Es kann nach dem dargelegten Kirchenbegriff der deutsch-christlichen KO. nicht überraschen, wenn der **presbyterial-synodale Aufbau** in dieser Ordnung tatsächlich **aufgehoben** wird. Zwar bleibt noch eine presbyteriale Fassade. Es sieht so aus, als gäbe es noch Presbyterien und Synoden. Aber in Wirklichkeit gibt es beides nicht mehr. Hinter der Fassade steht ganz deutlich erkennbar die bischöflich regierte Kirche, die wir schon als die eigentliche Neuerung der vorgelegten KO. erkannt haben.

Was in der neuen Ordnung „Presbyterium“ genannt wird, ist weder nach seinem Ursprung noch nach seinen Rechten und Pflichten ein wirkliches Presbyterium. Denn das Presbyterium ist nach echter presbyterial-synodaler Ordnung das Kirchenregiment der Gemeinde. Zu den unveräußerlichen Rechten und Pflichten des Presbyteriums gehört: Kirchenzucht, Diakonie, Pfarrwahl, Vermögensverwaltung, einschl. Steuerhoheit. Alle diese Rechte sind ihm in der neuen KO. entweder genommen oder doch so wesentlich eingeschränkt, daß man nur noch von einem kümmerlichen Rest presbyterialer Rechte reden kann.

Die Bestimmung über die Handhabung der Kirchenzucht ist gestrichen. Das Diakonat wird auf die Einsammlung der Kollekte im Gottesdienst eingeschränkt (§ 17). Das Pfarrwahlrecht ist unter das Präsentationsrecht des Bischofs gestellt, so daß man von einem Pfarrwahlrecht des Presbyteriums nicht mehr reden kann. Es bleibt nur noch ein **Auswahlrecht** gegenüber der bischöflichen Dreizahl. Die Beschlüsse des Presbyteriums können vom Bischof außer Kraft gesetzt werden, wenn sie seiner Ueberzeugung von Einheit und Frieden in Gemeinde und Kirche widersprechen.

Schließlich ist auch noch Vermögensverwaltung und Steuerhoheit des Presbyteriums durch seine außerordentlich wichtige und ungeheuer gefährliche Bestimmung bedroht. Diese Bestimmung lautet (§ 38):

„Die Kreisynode kann das Verfügungsrecht über die gesamten, im Kirchenkreis zur Erhebung kommenden **Steuern an sich ziehen**. Der **Provinzialkirchenrat** hat nach Anhörung der Beteiligten darüber zu be-

schließen, ob eine Kreisynode zu dieser Regelung überzugehen hat. In diesem Falle ist zur Ueberwachung der gesamten Vermögensverwaltung der Gemeinden ein **Kreis Kirchmeister hauptamtlich von dem Dekan zu bestellen** . . . Er hat auf Grund des Beschlusses der Kreisynode die Erhebung der Umlage des Kirchenkreises in einem einheitlichen Satz für den ganzen Kirchenkreis und eine den Bedürfnissen der Gemeinde gerecht werdenden **Verteilung der Mittel nach Möglichkeit** zu bewirken. Der Kreis Kirchmeister empfängt seine Weisung von dem Dekan. . . ."

Es ist im Rahmen dieser Darstellung nicht Raum, über die unabsehbaren Folgen zu reden, die mit dieser Verschiebung der Steuerhoheit verbunden sind. Soviel aber ist hieraus zu ersehen: Ein weiterer **Verlust verantwortlicher Selbständigkeit** der Gemeinde ist es auf jeden Fall und zwar zu Gunsten einer weiteren Stärkung der „Führung“.

Überall zeigt sich die Verlegung des Schwerpunktes von der Gemeinde weg auf die „**Führung**“ der Kirche, und zwar auf die wenigen „geistlichen Führer“, die in der neuen KD. alle Macht in sich vereinigen. Denn die zur Leitung der Kirche eigentlich berufenen Organe der Kirche, die **Synoden**, werden in der neuen KD. entmächtigt und verlieren ihre Vollmachten zugunsten der Führer.

Die **Kreisynoden** sind eigentlich die berufenen Presbyterien der Kreisgemeinden, sie haben das Kirchenregiment für den Kirchenkreis. Das ist der Sinn der Synode nach der reformatorischen Kirchenordnung des Westens. Wurde schon durch das landesherrliche Kirchenregiment im vorigen Jahrhundert die Synode entrechtet und ihre Befugnisse immer mehr dem Konsistorium übertragen, so daß der eigentliche kirchliche Sinn der Synode verdunkelt wurde, so wird in der neuen KD. mit der Synode **vollkommen aufgeräumt**. Sie ist eine Körperschaft ohne echte synodalen Rechte. Denn auf der einen Seite wird ihr die **Leitung von oben** gesetzt, da ja der Dekan nicht mehr gewählt, sondern vom Bischof berufen wird, und auf der anderen Seite werden diesem **Dekan alle synodalen Vollmachten** gegeben. Nicht einmal der vom Dekan völlig beherrschte Kreis synodalvorstand hat seine ursprüngliche Stellung als die dauernde Vertretung der Synode behalten. Auch hier ist das **Führerprinzip** an die Stelle des **Bruderprinzips** getreten. Die Kreisynode ist nicht mehr „das Presbyterium der Kreisgemeinde“, sondern nur noch Organ des Kirchenkreises, d. h. der **Verwaltungsbezirk** der Kirche. Daher ist es auch verständlich, daß ihr Recht, an der Verantwortung des Kirchenregimentes der Gesamtkirche beteiligt zu werden, fortgefallen ist. Die Kreisynode wählt **nicht mehr** ihre Vertreter zur Provinzialsynode! Damit ist unzweideutig erwiesen, daß die presbyterial-synodale Fassade unecht ist. Hier bricht sie ab.

Das oberste Stockwerk synodalen Aufbaus, die **Provinzialsynode**, gründet sich nicht mehr auf die unteren Stufen, sondern ist ein Gebilde eigener Art, das den Namen einer **Synode** völlig zu unrecht trägt. Weder die Bildung, noch die Zusammensetzung dieser Körperschaft hat **synodalen Charakter**, denn ein **Drittel** der Mitglieder beruft allein der Bischof und die übrigen 12 Mitglieder (!!) können nicht mehr als Mitglieder und Vertreter ihrer Synoden gewählt werden. Woher sie kommen sollen, bleibt fraglich. Vielleicht ist hier auch ein Ergänzungsrecht der derzeitigen

deutsch-christlichen Provinzialsynode geplant. Diese neue Provinzialsynode ist im Grunde ein **bischöfliches Organ**, weiter nichts. Der Bischof beherrscht sie völlig, wie wir schon oben dargelegt haben. Sie soll auch nicht mehr regelmäßig, sondern nur „nach Bedarf“ zusammentreten (§ 52). Was das heißt, läßt sich denken. Dieses **bischöfliche Organ** „Synode“ zu nennen, ist ein Mißbrauch dieses in der rheinisch-westfälischen Kirche ehrwürdigen Namens. Eine „Synode“ hat die Leitung einer Kirche in brüderlicher Verantwortung und Gemeinschaft. Diese Synode hat den Namen, aber keine Kraft und Vollmacht brüderlicher Leitung. In einem **bischöflichen System** (im Sinne des deutsch-christlichen Führungsprinzips) muß ja auch die Synode untergehen. Es gibt nur ein Entweder — Oder. Und die Deutschen Christen müssen sich notwendigerweise für die **Bischofsmacht** entscheiden gegen die brüderliche Leitung durch die Synode, weil sie durch ihr Wollen, ihren **Führungswillen gebunden sind**, wie man ja überhaupt angesichts der neuen KD. unter dem starken Eindruck steht, als ob der **Führungsanspruch der Deutschen Christen** die eigentlich treibende Kraft bei der Gestaltung dieser KD. gewesen ist.

Praktisch wird sich in der gegenwärtigen Lage, wo das Kirchenregiment völlig in der Hand der Deutschen Christen ist, die neue KD. so auswirken müssen, daß sie zur Befestigung und Vervollständigung der Macht dieser Bewegung in den leitenden Aemtern der Kirche dient und zwar vom Reichsbischof bis zum Presbyterium.

Wir möchten gern unterstellen, daß es von den Verfassern der neuen KD. nicht so gemeint ist, aber es wird uns nach den Aeußerungen der führenden Männer der Deutschen Christen und nach den Erfahrungen des letzten Jahres schwer, diese Gedanken auszuschalten. Es liegt uns nicht, **von hier aus** den Angriff gegen die neue KD. zu führen, (obwohl es wahrlich Grund genug wäre, eine KD., die eine Parteiherrschaft in der Kirche ermöglicht, ja sogar zur Behauptung einer solchen dient, anzulehnen), sondern wir glauben, daß die durchschlagenden Gründe zur Ablehnung sich aus der Besinnung über das Wesen der Kirche nach **biblisch-reformatorischer Lehre** ergeben.

Nachdem wir die entscheidenden Gesichtspunkte für eine Beurteilung der deutsch-christlichen KD. herausgestellt haben, ist es nicht mehr erforderlich, auf weitere Einzelheiten einzugehen, obwohl auch hier sehr ernste Bedenken anzumelden wären. Es sei kurz auf zweierlei noch hingewiesen.

Der Fortfall der **größeren Gemeindevertretung** ohne irgend einen Ersatz ist angesichts der zahlreichen großen Gemeinden und bei der nicht unerheblichen Verantwortung, die auf der Leitung solcher Gemeinden ruht, nicht zu rechtfertigen durch eine Ablehnung des „**Parlamentarismus**“ in der Kirche. Wir sollten wirklich nicht andauernd aus einem Extrem in das andere fallen, und dabei nur den Teufel durch Beelzebub austreiben.

Die Einrichtung der sogenannten „**Kirchwalter**“ (§ 28), die für die größeren Gemeinden zur Durchgliederung unter dem Gesichtspunkt seelsorgerischer Betreuung der Gemeindeglieder angeordnet wird, erweist sich auch bei gründlicher Ueberlegung als eine sehr problematische Institution. So gewiß der Pfarrer eine Helferschaft zur Unterstützung seiner Arbeit in der Großstadt braucht, so bedenklich ist es, aus einem solchen freiwillig mitarbeitendem Helferkreis von Männern und Frauen eine

offizielle kirchliche Einrichtung zu machen. Bedenklich vor allem, weil irgendwelche Bestimmungen über die zu fordernden Voraussetzungen für die in ein solches Amt zu Berufenden fehlen. Es wird daraus, wenn man sieht, welche Aufgaben die Kirchwalter haben sollen, eine Art von kirchlicher Polizei. Es heißt z. B.: „Sie sollen eine stille und unauffällige Beobachtung der ihnen überwiesenen Familien üben in Sachen des Kirchenbesuches, der Kindererziehung, der Führung des Familienlebens“ usw. So etwas kann man doch in einer evangelischen Kirche nicht von amtswegen einrichten. Wir wissen wohl, daß es eine solche Einrichtung in den alten reformierten Gemeinden gegeben hat. Aber da war es das **Presbyterium**, das durch die Ältesten der Gemeinde **Kirchenzucht** hielt, und hier sollen es „Kirchwalter“ tun, deren Befähigung zu solchem Amt nicht festgelegt ist und die selbst gar nicht in der **Leitung** der Gemeinde stehen. Was auf diesem Gebiet heute neu werden muß, läßt sich nicht durch eine amtliche Einrichtung schaffen, sondern muß erwachsen aus einer **wirklichen, geistlichen, gottgeschenkten Erneuerung der Kirche**.

IV.

Ergebnisse und Folgerungen.

Fassen wir zum Schluß die Ergebnisse unserer Prüfung der neuen deutsch-christlichen Kirchenordnung zusammen.

1. Die geplante Neuordnung bedeutet für die rheinischen und westfälischen Gemeinden eine **Aufhebung ihrer Rechte**, die sie nicht aus einer Eigenwilligkeit herleiten, sondern aus ihrem Bekenntnis. Die neue Bischofsherrschaft nimmt ihnen ihre Selbständigkeit und die Verantwortung, an der Leitung der Kirche maßgeblich beteiligt zu sein. Das heilige Erbe der Väter unserer Kirche unter dem Kreuz wird verschleudert, aufgehoben und verworfen. An seine Stelle tritt ein fremdes Regiment, eine nicht aus der Gemeinde heraus gewachsene Leitung, sondern eine darüber gesetzte Führung mit umfassender Vollmacht. Es bleibt vom Erbe der Väter nichts als eine Fassade, hinter der eine neue, bischöflich-autoritäre Führer- oder Hierarchienkirche steht. Wie sehr es sich nur um eine presbyteriale Fassade handelt, geht auch mit völliger Klarheit daraus hervor, daß die bisherige rheinische Kirche ihren Namen wandelt in „**Evangelisches Bistum Köln-Nachen**“. Ist das auch nur ein „zeitgemäßer Formwandel“ durch Namensänderung oder ist das nicht in Wirklichkeit eine völlige **Veränderung** des Wesens unserer Kirche? „**Bistum**“ — das ist dem Wesen nach Eigentum, **Herrschaftsbereich** des **Bischofs**, genau wie die „**Diözese**“ der katholischen Kirche „**Bistum**“, Herrschaftsgebiet des **Bischofs** ist.

Wir protestieren gegen diese Verkehrung unserer „**Kirche**“ in ein „**Bistum**“. „**Kirche**“, das bezeugt: Herr ist Christus. Sie hört seine Stimme. Sie folgt seiner Führung. Die Gemeinde ist sein Eigentum **allein**. „**Bistum**“, das bedeutet Führung durch Menschen, hören müssen auf die Stimme des Bischofs, Menschenherrschaft über die Gemeinde. Die rheinische evangelische Kirche kann daher mit dem „**Evangelischen Bistum Köln-Nachen**“ **nichts gemein** haben. Es ist eine **andere Kirche**, nicht die Kirche der Väter, nicht die Kirche des reformatorischen Bekenntnisses,

nicht die Kirche auf dem Grunde der Heiligen Schrift, es ist eben die Kirche der Deutschen Christen, die ganz offenkundig auf dem Wege zu einer neuen Konfession sind.

2. Diese Preisgabe der presbyterial-synodalen Ordnung bedeutet für unsere Kirche eine Verletzung ihres B e k e n n t n i s s t a n d e s. Denn die presbyterial-synodale Ordnung ist für die rheinisch-westfälische Kirche eine bekenntnisgebundene Ordnung. In dieser Kirche haben sich lutherische, reformierte und unierte Gemeinde brüderlich auf Grund ihres jeweiligen Bekenntnisstandes vereinigt. Diese Vereinigung ist in ihrer presbyterial-synodalen Verfassung verankert. Ihre Auflösung muß eine Sprengung dieser Kirche zur Folge haben. Denn für die reformierten und für die unierten Gemeinden ist auf **jeden Fall** diese Ordnung vom Bekenntnis her unmittelbar gefordert. Aber auch für die lutherischen Gemeinden würde es gelten müssen: Die Leitung der Kirche nach der neuen KD. ist nicht **rechtmäßig** berufen gemäß den Forderungen des lutherischen Bekenntnisses. Eine lutherische Gemeinde kann nicht einem bischöflichen Kirchenregiment unterworfen werden, das nicht an das lutherische Bekenntnis gebunden ist. Und davon ist ja in dem bischöflichen System der neuen KD. gar nicht die Rede, daß der neue Bischof an das lutherische Bekenntnis gebunden sein soll. Wäre es aber so, könnten unter einem solchen Bischof reformierte Gemeinden erst recht nicht stehen. Daraus folgt, daß die Einführung eines bischöflichen Kirchenregimentes für die rheinisch-westfälische Kirche nach ihrem Bekenntnisstand eine **völlige Unmöglichkeit** ist. Sie muß daher eine **presbyterial-synodal verfaßte Kirche** sein und bleiben.

Das Wesen dieser Ordnung besteht in folgenden Grundsätzen 1. Trägerin des Kirchenregiments ist die Gemeinde. 2. Sie übt es aus durch die von der Gemeinde dazu bestellten Organe: Die Presbyterien und Synoden (die Presbyterien der Kreis- und Provinzialgemeinden). 3. Die Durchführung dieses Kirchenregimentes geschieht im brüderlichen Rat der zur Leitung Berufenen, d. h. nach dem Bruderprinzip.

3. Die **deutsch-christliche Kirchenordnung gründet sich nicht auf Gottes Wort**, sondern ist von Prinzipien bestimmt, die in der Schrift keine Begründung haben. Die **Grundlage**, von der aus die Neuordnung geschieht, ist nicht die Heilige Schrift als die alleinige und vollkommene Richtschnur für Lehre und Leben der Kirche, sondern die Eigenmächtigkeit der Menschen, die zu einem „zeitgemäßen Formwandel“ „aus der Lage heraus“ nach „zeitlichen Zweckmäßigkeiten und Notwendigkeiten“ berechtigt zu sein glaubt.

Das ist wider die Heilige Schrift und die Bekenntnisse unserer Kirche, sowohl ihrer lutherischen als auch ihrer reformierten Gemeinden. Auch der **Grundgedanke** der neuen KD., das Aufbauprinzip der Kirche, widerspricht dem reformatorischen Bekenntnis und dem reformatorischen Verständnis der Heiligen Schrift. Die hierarchisch-episcopale Führungsordnung hebt die Kirche als Gemeinde auf, richtet eine absolute Herrschaft des Kirchenregimentes über die Kirche auf und entmündigt die Gemeinde.

Wir verwerfen diese Kirchenordnung als eine nicht schriftgemäße und daher schriftwidrige, die Bekenntnisgrundlage unserer Kirche zerstörende, nicht christusgemäße und daher unchristliche Ordnung.

Und was nun? Das ist jetzt die Frage, die sich unabweisbar auf-

drängt. Was soll werden, wenn der Entwurf der deutsch-christlichen Kirchenordnung in Kraft gesetzt wird?

Wir knüpfen zur Beantwortung diese Frage an die Erklärung an, die die 13 rheinischen Superintendenten am 12. Juni abgegeben haben:

Der stellvertretende Landespfarrer D. Dr. Forsthoff hatte zu einer Besprechung des von ihm vorgelegten Entwurfes einer neuen Kirchenordnung nur für die Rheinprovinz eine Superintendentenkonferenz auf den 12. Juni 1934 einberufen. Hierbei wurde ihm von D. N o l d = Saarbrücken im Namen von 13 Superintendenten folgende Erklärung überreicht:

Im Namen der unterzeichneten Superintendenten und stellvertretenden Superintendenten habe ich folgende Erklärung abzugeben:

„Der stellvertretende Landespfarrer ist weder als solcher noch als Präses der Rheinischen Provinzialsynode rechtswirksam bestellt und daher nicht bevollmächtigt, eine Superintendenten-Konferenz einzuberufen. Aus dem gleichen Grunde fehlt ihm jede Legitimation, amtlich den Entwurf einer neuen Kirchenordnung aufzustellen oder zur Besprechung vorzulegen. Wir sind hier nur erschienen, um als rechtmäßige Superintendenten, die über der Kirchenordnung zu wachen haben, diesen Protest zum Ausdruck zu bringen. Wir sind nicht in der Lage, mit Ihnen über die Vorlage in eine Beratung einzutreten, da dieser Entwurf rechtswidrig ist und der reformatorischen Bekenntnisgrundlage der rechtsgültigen rheinisch-westfälischen Kirchenordnung widerspricht. Wir sprechen der auf Grund des unrechtmäßigen Gesetzes vom 2. März 1934 zustande gekommenen Provinzialsynode das Recht ab, über einen solchen Entwurf Beschluß zu fassen. Im Bewußtsein unserer Verantwortung für die uns anvertrauten Gemeinden machen wir Sie und die nicht rechtmäßig zustande gekommene Rheinische Provinzialsynode in letzter Stunde verantwortlich für die unabsehbaren Folgen, die eine Aufzwingung des vorgelegten Entwurfes als Kirchenordnung nach sich ziehen muß.“*)

gez. von Dettingen-Summersbach, Staudte-Nachen, Becker-Rheydt, D. Nold-Saarbrücken, Smig-St. Johann, Denkhau-Mörs, Rentrop-Königswinter, Greilich-Neuwied, Gilmann-Simmern, Reindell-Staudernheim, Mühlberg-Köln, Schlingensiefen-Barmen, Becker-Oberdiebach.

Wir stellen in Uebereinstimmung mit dieser Erklärung fest:

1. Die Inkraftsetzung der deutsch-christlichen KO. würde einen offensibaren Rechtsbruch gegenüber dem allein geltenden Recht unserer rheinisch-westfälischen KO. bedeuten.

Das Kirchenregiment kann Verfassungsänderungen nicht beschließen. Und die rheinische Provinzialsynode, die dem Entwurf zugestimmt hat, ist nicht rechtmäßige Synode, da sie nicht auf Grund der KO. zusammen-gesetzt ist, sondern auf Grund von Gesetzen, die rechts- und bekenntnis-

*) **Anmerkung:** Zum Beweis dieser Behauptung weisen wir auf den Bericht der Bekenntnissynode der D.E.K. Barmen, 29.—31. Mai, hin, sowie auf zahlreiche theologische und juristische Gutachten („Junge Kirche“, Dortmunder Bekenntnissynode 29. April u. a.)

widrig sind. Nach der **geltenden** rheinisch-westfälischen KD. kann in der rheinischen Kirche die Kirchenordnung nicht ohne die Uebereinstimmung mit Westfalen geändert werden. Die **Eigenmächtigkeit** im Rheinland abseits von der geschichtlich und **rechtlich festgelegten** Einheit mit Westfalen, die deutliche Zerbrechung dieser Verbundenheit ist eine weitere Rechtswidrigkeit auf dem deutsch-christlichen Wege der Auflösung des Rechtes und der Bekenntnisgrundlage der Evangelischen Kirche.

2. Die Inkraftsetzung des deutsch-christlichen Entwurfes würde eine Verletzung des Bekenntnisstandes der rheinischen (und westfälischen) Kirche bedeuten.

Für die rechtmäßige, auf Schrift und Bekenntnis gegründete, in der rheinisch-westfälischen KD. verfasste rheinische Kirche kann daher dieser Entwurf niemals rechtswirksame Kirchenordnung werden.

Sie hat mit der KD. des Evangelischen Bistums Köln-Aachen nichts zu tun, weil ihre bekenntnisgebundene KD. nicht aufgehoben werden kann, es sei denn, daß die rheinische Kirche ihren Bekenntnisstand ändere. Eine Neuordnung der rheinischen Kirche kann nur in Bindung an den Bekenntnisstand, in Unterwerfung unter die Heilige Schrift eine nach der geltenden KD. rechtmäßig berufene rheinische Synode, gemeinsam mit der westfälischen Provinzialsynode, in die Wege leiten.

3. Die Einführung der deutsch-christlichen KD. würde die Aufzwingung einer schrift- und bekenntniswidrigen KD. bedeuten.

Dadurch entsteht für die gläubigen, an Schrift und Bekenntnis gebundenen Glieder der rheinischen Kirche, insbesondere ihre Prediger, Presbyter und Synodalen die bekenntnismäßige Pflicht zu **widerstehen**.

An ihrer Inkraftsetzung kann die bekenntnistreue Gemeinde sich in keiner Weise beteiligen. Keins ihrer Glieder kann irgend ein Amt auf Grund dieser KD. annehmen. Vielmehr muß die bekenntnistreue rechtmäßige evangelische Kirche im Rheinland auf dem Boden der rheinisch-westfälischen KD. — „als ob nichts geschehen sei“ — ihre Arbeit an der Erneuerung der Kirche betend und bekennend, sammelnd und leitend weitertun wie sie es angefangen hat.

Angeichts der unermesslichen Folgen, die eine derartige Vergewaltigung der rheinischen Kirche und ihrer Gemeinden mit sich bringen muß, können wir, zu letzter Entscheidung gefordert, nur noch beten über uns und unsere verwüstete Kirche:

Herr Jesu, hilf, dein Reich erhalt, wir sind gar sicher trüg und kalt,
Gib Glück und Heil zu deinem Wort, schaff, daß es schall allem Ort.

Erhalt uns nur bei deinem Wort und wehr des Teufels Trug und Mord,
Gib deiner Kirche Gnad und Guld, Fried, Einigkeit, Mut und Geduld!

Den stolzen Geistern wehre doch, die sich mit Gewalt erheben hoch
Und bringen stets was Neues her, zu fälschen deine rechte Lehr.

Die Sach und Ehr, Herr Jesu Christ, nicht unser, sondern dein ja ist.
Darum so steh du denen bei, die sich auf dich verlassen frei.

Unsere Forderungen und Richtlinien für die Verfassung der rheinisch-westf. Kirche.

1. Wir fordern und wollen eine Kirche, die dem Worte Gottes gehorsam ist in Lehre und Leben und daher durch eine evangelische Verfassung geordnet ist.
2. Diese kirchliche Ordnung muß gestaltet werden nach den auf dem Worte Gottes ruhenden Normen und bekennnismäßigen Grundlinien, nach den geschichtlich gegebenen Kräften und nach den Erfordernissen des kirchlichen Dienstes in der gegenwärtigen Lage.
3. Wir treten ein für eine im Rahmen der Deutschen Evangelischen Kirche selbständige, einheitliche rheinische und westfälische Kirche mit bekennnisgebundener Verfassung, d. h. gereinigte (aus ihren reformatorischen Ursprüngen erneuerte) eindeutig presbyterial-synodale Ordnung.
4. Wir wollen verantwortliche Gemeinden durch beschließende Presbyterien und nicht entmündigte Gemeinden mit nur beratenden Presbyterien, von der Gemeinde gewählte Pfarrer und Presbyter und nicht vom Kirchenregiment gesetzte Pfarrer und Presbyter.

Für provinzialkirchliche und gesamtkirchliche Notwendigkeiten soll dem Kirchenregiment unter Umständen jede dritte Besetzung einer Pfarrstelle zur Verfügung stehen unter Wahrung des Bekenntnisstandes der Gemeinde.

5. Wir fordern Verleihung des Wahlrechtes und der Wählbarkeit nur an geeignete Gemeindeglieder (§ 11 der Kirchenordnung), Verleihung kirchlicher Ämter nur an kirchlich Bewährte, Ausscheidung von allem demokratisch-parlamentarischen Vererb in Wahlgesetz und Körperschaften.
6. Das untere Kirchenregiment liegt beim Presbyterium, das übergeordnete bei der Kreissynode (Presbyterium der Kreisgemeinde).

Es wird durch den Kreissynodalvorstand unter Leitung des Superintendenten ausgeübt, dessen Wahl der Kreissynode obliegt.

Oberste Instanz des Kirchenregimentes ist die Provinzialsynode (Presbyterium der Provinzialgemeinde).

Es wird ausgeübt durch den von der Synode zu wählenden Provinzial-Synodalvorstand unter Leitung des Präses.

7. Die einheitlich zu gestaltende Kirchenleitung wird von der Provinzialsynode mit Bestätigungsrecht der Deutschen Evangelischen Kirche unter gewissen provinzialkirchlichen Sicherungen ernannt. Das Konsistorium kann nur ausführendes Organ der Provinzialsynode sein. Das Amt des Präses wird mit dem geistlichen Auftrage des früheren Generalsuperintendenten vereinigt.